

Förderung schriftlicher politischer Urteilsbildung im Rahmen von Bildung für nachhaltige Entwicklung

Politische Urteilsbildung als zentrale Aufgabe des Politikunterrichts

Politische Urteilskompetenz wird immer wieder als entscheidend für Bürger*innen zur Beteiligung an Demokratie herausgestellt (Detjen, 2007). Jedoch deuten aktuelle empirische Studien darauf hin, dass Schüler*innen mangelnde politische Urteilskompetenzen haben. Dies zeigte sich sowohl im schriftlichen als auch im mündlichen Bereich (Forkarth, 2022). Der schriftliche Bereich der Urteilskompetenzen könnte jedoch besonders bedeutungsvoll zum Aufbau solcher sein, da beim Schreiben starke Lernzuwächse verzeichnet werden (Thürmann et. al., 2015). Zusätzlich kann das Schreiben Schüler*innen kognitiv entlasten, indem Probleme beim Schreiben tiefergehend behandelt und Urteile sorgfältig formuliert werden können. (Philipp, 2015). Das Urteilen ist für Schüler*innen aufgrund der Komplexität und der vielen verschiedenen zu leistenden kognitiven Aufgaben, herausfordernd. Doch nicht nur für Schüler*innen ist das politische Urteilen mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Auch für Lehrkräfte ist die Vermittlung und Förderung von Urteilskompetenzen komplex, denn sie müssen das für das Urteilen notwendige Fachwissen und die Fachsprache vermitteln, Schüler*innen zum Schreiben motivieren, an den Erfahrungen der Schüler*innen anknüpfen und viele weitere Faktoren berücksichtigen.

Doch gerade in der heutigen Welt erhöht sich der Stellenwert der Förderung von Urteilsfähigkeit und die damit verbundene Erziehung zu mündigen Bürger*innen (John et al., 2020). Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise wird die Urteilsbildung im Politikunterricht zu einer unverzichtbaren Aufgabe.

Urteilskompetenzen und Ihre Rolle im Rahmen von BNE

Auf Basis der Klimakrise wurde unter anderem für den unterrichtlichen Einsatz bereits im Jahr 1992 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) von der Weltgemeinschaft initiiert. BNE soll Schüler*innen beispielsweise lehren, über Umweltproblematiken urteilen zu können, womit der Politikunterricht wesentlich für BNE gefordert ist (Heinze, 2022). Im Anschluss an die Einführung von BNE in der Schule wurden zahlreiche Programme auf den Weg gebracht, um BNE umfassend zu implementieren. In diesem Rahmen fand auch eine nähere Konzeptualisierung von BNE statt (Hemmer, 2016). So umfasst BNE einerseits den Bereich Umweltbildung, bei dem das Erlernen von Zusammenhängen des Ökosystems im Vordergrund steht und andererseits das Globale Lernen, das auf den Umgang mit verschiedenen kulturellen Sichtweisen abzielt (Hemmer, 2016). Aus der Verknüpfung der Stränge lassen sich zahlreiche Themenfelder der BNE ableiten, die in den schulischen Alltag und den jeweiligen Fachunterricht integriert werden sollen (Maack, 2018). Im Kerncurricula Wirtschaft-Politik für Gymnasien spiegelt sich BNE insbesondere im „Inhaltsfeld 3: Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2019, S. 22) wider. Im Kontext dieses Inhaltsfelds soll auch die Urteilskompetenz gefördert werden. Beispielhaft kann auf folgende Kompetenzerwartung verwiesen werden: „Die Schülerinnen und Schüler beurteilen anhand vorgegebener Kriterien staatliche Maßnahmen und individuelle Handlungsmöglichkeiten zur Ressourceneffizienz.“ (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2019, S. 22). Anhand dieser Kompetenzerwartung zeigt sich nicht nur die notwendige Förderung von Urteilskompetenz, sondern auch eine interdisziplinäre Überschneidung zu weiteren Fächern wie beispielsweise den Naturwissenschaften. Sollen die Schüler*innen beispielsweise das Tempolimit als staatliche Maßnahme beurteilen, müssen sie über naturwissenschaftliche Grundlagen zum Treibhauseffekt, dem Kohlenstoffdioxid ausstoß sowie zur möglichen Verringerung von Kohlenstoffdioxidemissionen durch ein Tempolimit verfügen, um daran anschließend die Effizienz eines Tempolimits beurteilen zu können. Weiterhin muss auf Basis dessen eine Verbindung zu politischen Werten hergestellt werden, damit ein multiperspektivisches Urteil gebildet werden kann. An diesem Beispiel zeigt sich die hohe Komplexität politischer Urteilsbildung im Kontext nachhaltiger Entwicklung.

Um die beschriebenen Herausforderungen der schriftlichen Urteilsbildung im Kontext von BNE näher zu untersuchen, wurde im Kontext der dem Artikel zugrundeliegende Masterarbeit analysiert, wie hoch die politischen Urteilskompetenzen bei nachhaltigen Themen von Schüler*innen der 8. und 9. Klasse sind, welche Faktoren sich auf politische Urteilsbildung auswirken und inwiefern eine Förderung zur Urteilsfähigkeit im Kontext von BNE Wirkung zeigt. Auf Basis dieser Erkenntnisse kann einerseits erläutert werden, welche konkreten Probleme Schüler*innen beim Urteilen im Kontext von BNE haben und welche Fördermaßnahmen geeignet sind, um diese Probleme zu adressieren.

Analyse von Schüler*innenurteilen

Wie sollte ein politisches Urteil gestaltet sein? (angelehnt an Forkarth, 2022)

- (1) Einleitung:
 - Einführung in das politische Problem
 - Beschreibung der eigenen Position
- (2) Hauptteil:
 - Begründung der eigenen Position
 - Darstellung und Begründung der Gegenposition
 - Gegenüberstellung und Abwägung der eigenen Position zur Gegenposition
 - Verbindung zu politischen Werten/ Kategorien (z. B. Gerechtigkeit, Freiheit, Kosten-Nutzen, Nachhaltigkeit)
 - (- Im Kontext von BNE: Verwenden naturwissenschaftlicher Fakten)
- (3) Schluss:
 - Begründetes Fazit



Zur Erhebung und Analyse der Schüler*innenurteile haben die Schüler*innen ein politisches Urteil verfasst, das anschließend auf Basis verschiedener Kategorien analysiert wurde. Die Erhebung und Auswertung der Schüler*innenurteile fand dabei in Anlehnung an Roll et al. (2022) und Forkarth und Manzel (2021) statt. Folgende Kategorien wurden zur Diagnose der schriftlichen Urteilskompetenzen im Rahmen von BNE herangezogen: Einleitungssatz, Darstellung der eigenen Position, Begründung der (eigene) Position, Darstellung der Gegenposition, Begründung der Gegenposition, Textstrukturierung (Gegenüberstellung/ Abgrenzung/ Abwägen von Positionen/ Einwänden), Begründungsebene und Begründungsmaßstäbe, Verwenden naturwissenschaftlicher Fakten und begründetes Fazit.

Bei der Auswertung der entsprechenden Schüler*innenurteile zeigten sich insgesamt mittlere schriftliche Urteilskompetenzen. Werden die Kategorien im Einzelnen betrachtet, zeigt sich, dass fast 90 % der Schüler*innen keinen vollständigen Einleitungssatz und 70 % der Schüler*innen kein abschließendes Fazit geschrieben haben, womit die jeweiligen Adressat*innen keinen Überblick über das politische Problem sowie die abschließende Positionierung und dessen Begründung bekommen. Auch die Begründung der eigenen Position sowie die der Gegenposition erfolgt bei den meisten Schüler*innen nicht ausreichend. Zusätzlich fällt den Schüler*innen die Textstrukturierung (Gegenüberstellung/ Abgrenzung/ Abwägen von Positionen/ Einwänden) schwer. In vielen Urteilen werden Argumente lediglich aneinandergereiht. In Bezug auf die Einbindung naturwissenschaftlicher Fakten kann konstatiert werden, dass viele Schüler*innen zwar einen wissenschaftlichen Bezug darstellen, jedoch häufig nur oberflächlich und zum Teil sogar falsch.

Im Vergleich zu weiteren Studien zu politischen Urteilskompetenzen, zeigen sich ähnliche Ergebnisse. In einer Studie zu den schriftlichen Urteilskompetenzen von Schüler*innen der Oberstufe (Weißeno & Weißeno, 2021) sowie in einer Interventionsstudie zum schriftlichen politischen Urteilen (Forkarth, 2022) stellte sich das Begründen als ein Hauptproblem beim Urteilen heraus.

Neben der Erhebung von Urteilskompetenzen kann auch die Erhebung von Einflussfaktoren auf diese genutzt werden, um Maßnahmen zur Förderung von Urteilskompetenzen zu entwickeln. In der durchgeführten Studie haben sich das Geschlecht (Mädchen weisen höhere Urteilskompetenzen auf) und die Sprachfähigkeiten (Schüler*innen mit höheren Sprachfähigkeiten weisen höhere politische Urteilsfähigkeiten auf) als Einflussfaktor gezeigt. In einer weiteren Studie konnten ebenfalls das Geschlecht sowie das politische Fachwissen als Prädiktoren herausgestellt werden (Forkarth, 2022).

Insgesamt zeigt sich somit, dass politische Urteilsbildung im Kontext von BNE für Schüler*innen herausfordernd ist, wobei insbesondere das Begründen eine Schwierigkeit darstellt. Zusätzlich können Einflussfaktoren auf die schriftlichen politischen Urteilskompetenzen ausgemacht werden. Aus dieser Synthese können Fördermaßnahmen für den Unterricht entwickelt werden.

Förderung von Urteils Kompetenzen im Politikunterricht

Um nun an dem Problem von mangelnden Urteils Kompetenzen anzuknüpfen, wurden auf Basis von theoretischen Modellen und Erkenntnissen aus der durchgeführten Studie drei Maßnahmen zur Förderung schriftlicher politischer Urteilsbildung im Kontext von BNE entwickelt.

Vertiefen von Fachwissen

Allgemein wird theoretisch angenommen, dass Fachwissen eine Voraussetzung für die politische Urteilsbildung darstellt (Manzel & Weißeno, 2017). Weiterhin konnte Fachwissen als Einflussfaktor auf die schriftlichen politischen Urteils Kompetenzen festgestellt werden (Forkarth, 2022). Darüber hinaus ist in jeder Urteilsbildungsphase Fachwissen adressiert, indem zunächst Informationen zum Urteilsobjekt analysiert werden müssen. In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig, nicht nur Faktenwissen zu vermitteln, sondern auch konzeptuelles Wissen bei Schüler*innen aufzubauen. Konzeptuelles Wissen zeichnet sich im Gegensatz zu Faktenwissen durch inhaltlich verknüpfte Informationen aus dem Bereich Politik aus (Detjen et al., 2012). Das konzeptuelle Wissen kann dann verwendet werden, um Begründungen zu entwickeln und diese mit politischen Werten zu verbinden.

Eine Vertiefung von konzeptuellem Wissen in der Urteilsbildungsphase kann beispielsweise durch das Definieren und Ordnen von Fachbegriffen erfolgen. So können bei der Informationsrecherche und anschließenden Analyse des Urteilsobjekts verschiedene Fachbegriffe herausgefiltert sowie geordnet werden. Diese Fachbegriffe können anschließend für das politische Urteil eingesetzt werden. Im Rahmen von BNE sind dabei neben Fachbegriffen aus der politischen Domäne, auch Fachbegriffe aus den Naturwissenschaften zu definieren und zu ordnen, um sie für Schüler*innen zugänglich zu machen.

Einführen von Textstrukturen

Wie bei der eigenen Studie festgestellt werden konnte, haben viele Schüler*innen weder einen ausreichenden Einleitungssatz noch ein vollständiges Fazit verfasst. Auf Basis dessen kann vermutet werden, dass Schüler*innen nicht klar ist, wie ein politisches Urteil aufzubauen und zu formulieren ist.

Hierzu kann es hilfreich sein, eine Checkliste zum Aufbau eines politischen Urteils im Unterricht einzuführen (Forkarth, 2022). Eine Checkliste kann viele Aspekte eines politischen Urteils beleuchten. Zum einen kann verdeutlicht werden, dass sich ein politisches Urteil in Einleitung, Hauptteil und Fazit gliedert. Zum anderen kann veranschaulicht werden, welche Elemente die unterschiedlichen Teile beinhalten müssen. Dabei kann auch verdeutlicht werden, dass nicht nur die eigene Position dargestellt und begründet werden muss, sondern auch die Gegenposition berücksichtigt und entkräftet werden muss, um mit einem politischen Urteil überzeugen zu können.

Sprachliche Unterstützung

Zuletzt ist es ebenso bedeutsam, sprachliche Unterstützung zu leisten, da sich Sprache als Einflussfaktor auf Urteils Kompetenzen gezeigt hat. Darüber hinaus können Probleme beim Begründen und das schlichte Aneinanderreihen von Argumenten auch auf sprachliche Barrieren zurückzuführen sein. Doch nicht nur in der eigenen Studie, auch in weiteren Studien zeigen sich Sprachkompetenzen immer wieder als Einflussfaktor auf Leistungen von Schüler*innen (Sommer, 2024).

Die Schüler*innen können dabei Formulierungshilfen zum Verbinden, Abwägen und Gegenüberstellen von Argumenten erhalten und Übungen erarbeiten, die den Einsatz von verschiedenen Wortarten, die für ein politisches Urteil relevant sind, unterstützen. Des Weiteren stellt das Einüben der Fachsprache zur Anwendung von Fachbegriffen in politischen Urteilen eine Fördermaßnahme dar. Insbesondere die politische Fachsprache ist durch Fremdwörter, Nominalisierungen und abstrakte Begriffe gekennzeichnet, die in der Alltagssprache häufig eine andere Bedeutung haben als in der Fachsprache (Forkarth, 2022).

Generell zeigt sich, dass die Förderung politischer Urteilsbildung essentiell zum Aufbau umfassender Urteils Kompetenzen ist. Gerade aufgrund der Feststellung, dass viele Schüler*innen mangelnde Urteils Kompetenzen aufweisen, obwohl diese unabdingbar zur Teilhabe an einer Demokratie sind. Dennoch ergeben sich vielseitige Anknüpfungspunkte zu einer ganzheitlichen Förderung von Urteils Kompetenzen im Politikunterricht.

Literaturverzeichnis

Detjen, J. (2007). *Politische Bildung – Geschichte und Gegenwart in Deutschland*. Oldenbourg.

Detjen, J., Massing, P., Richter, D. & Weißeno, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Springer.

Forkarth, C. (2022). *Schriftliches Urteilen im Politikunterricht der Sekundarstufe I – Eine Studie zum textsortenbasierten Schreiben im Fachunterricht*. Springer.

Forkarth, C. & Manzel, S. (2021). Kategoriensystem zum Urteilen in Politik. *LArS.nrw*.

Heinze, F. (2022). *Bildung für nachhaltige Entwicklung als schulische Querschnittsaufgabe – Anforderungen an Lehrpersonen*. Budrich Academic Press.

Hemmer, I. (2016). Bildung für nachhaltige Entwicklung – Der Beitrag der Fachdidaktiken. In J. Menthe, D. Höttecke, T. Zabka, M. Hammann & M. Rothgangel (Hrsg.), *Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe – Beiträge der fachdidaktischen Forschung (25-40)*. Waxmann.

John, A., Ziegler, M., Dickel, M., May, M., Muth, K. & Volkmann, L. (2020). *Wertmaßstäbe und Urteilsbildung in den Fachdidaktiken. Ein Vergleich zur Einführung*. In M. Dickel, A. John, M. May, K. Muth, L. Volkmann & M. Ziegler (Hrsg.), *Urteilspraxis und Wertmaßstäbe im Unterricht – Ethik, Englisch, Geographie, Geschichte, politische Bildung, Religion (7-32)*. Wochenschau.

Maack, L. (2018). *Hürden einer Bildung für nachhaltige Entwicklung – Akteurinnen und Akteure zwischen Immanenz und Reflexivität*. Julius Klinkhardt.

Manzel, S. & Weißeno, G. (2017). Modell der politischen Urteilsfähigkeit – eine Dimension der Politikkompetenz. In M. Oberle & G. Weißeno (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Politikdidaktik: Theorie und Empirie (59–86)*. Springer.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. (2019). *Kerlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in Nordrhein-Westfalen im Fach Wirtschaft- Politik*. Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Philipp, M. (2015). *Schreibkompetenz – Komponenten, Sozialisation und Förderung*. A. Francke.

Roll, H., Bernhardt, M., Enzenbach, C., Fischer, H. E., Forkarth, C., Gürsoy, E., Krabbe, H., Lang, M., Manzel, S. & Uluçam-Wegmann, I. (Hrsg.) (2022). *Schreibförderung im Fachunterricht der Sekundarstufe I. Interventionsstudien zu Textsorten in den Fächern Geschichte, Physik, Technik, Politik, Deutsch und Türkisch*. (Reihe Mehrsprachigkeit, Band 52). Waxmann.

Sommer, L. (2024). *Der Anteil von Sprache an Bildungs(-un-)gerechtigkeit*. Wochenschau.

Thürmann, E., Pertz, E. & Schütte, A. U. (2015). Der schlafende Riese: Versuch eines Weckrufs zum Schreiben im Fachunterricht. In S. Schmölder-Eibinger & E. Thürmann (Hrsg.), *Schreiben als Medium des Lernens – Kompetenzentwicklung durch Schreiben im Fachunterricht (17-46)*. Waxmann.

Weißeno, S. & Weißeno, G. (2021). Political judgement competency among upper second ary-school pupils. *Citizenship Teaching & Learning*, 16(1), 7-27.